



Update aus Berlin

März 22



NEUES
aus dem Wahlkreis

WICHTIGES
aus dem Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Diese Woche haben wir im Bundestag zu dem Bundeshaushalt debattiert. Unser Bundeskanzler hat klar gemacht: Wir denken äußere, innere und soziale Sicherheit zusammen.

Es ist Tradition, dass die Debatte über den Haushalt des Bundeskanzleramtes die Generaldebatte ist. Olaf Scholz machte klar: Wir stehen an der Seite der Ukraine. Und trotz der schwierigen Umstände zeigen wir mit dem Haushalt, dass wir die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. Dafür nehmen wir viel Geld in die Hand – über 200 Milliarden Euro für die Jahre 2023 bis 2026. Wir stellen sicher, dass die notwendigen und bereits vereinbarten Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen.

Die Unkenrufe der Oppositionsparteien während der Debatte waren vorhersehbar, ganz nach dem Motto: Immer die alte Leier. Dass Friedrich Merz jedoch der FDP den schlechten Zustand der Bundeswehr in die Schuhe schieben will, nachdem die Union für 16 Jahre die Kanzlerin als auch die Verteidigungsminister:innen gestellt hat, war argumentativ ein komplettes Eigentor und erfordert ein erhebliches Maß an Selbsttäuschung. Die Union hat klar gemacht: Sie wird die Entscheidung zur Impfpflicht als auch zum Sondervermögen für die Bundeswehr für Parteipolitik nutzen, statt der Verantwortung gerecht zu werden.

Putins Krieg – aber auch Spekulationen einiger Akteure auf den Märkten – haben die Energiepreise sehr stark ansteigen lassen. Daher haben wir uns auf Maßnahmen geeinigt, um die Menschen zu entlasten und einen Anreiz zu geben, fossile Energieträger einzusparen. Details hierzu findet ihr auf Seite 3.

Liebe Grüße und alles Gute
Euer



Inhalt

**Meine Rede zum Haushaltsplan des Bauministeriums >>> Entlastungspaket.
>>> Mindestfüllstände für Gasspeicher und Reaktivierung des Paragraphen 246
Abs. 14 des BauGB. >>> Erste Debatte zu dem Bundeshaushalt 2022.**



Meine Rede zum Haushaltsplan des Bauministeriums



Meine Rede findet ihr [hier](#)

In meiner Rede habe ich klar gemacht, dass wir trotz der widrigen Umstände an dem Koalitionsvertrag festhalten werden. Unser Ziel in der Bau- und Wohnungspolitik bleiben, dass wir 400 000 Wohnungen im Jahr bauen wollen, darunter 100 000 Sozialwohnungen. Ich stimme mit unseren Koalitionspartnern überein, wenn ich sage: „Die Aufnahme der vielen Kriegsflüchtlinge hat die Notwendigkeit nur verstärkt.“ Daher haben wir in dieser Woche einen Passus im Baugesetzbuch reaktiviert, um einen schnelleren Bau von Flüchtlingsheimen zu ermöglichen. Zudem hilft die KfW bei dem Bau von Flüchtlingsheimen mit einem Kreditprogramm von 500 Millionen Euro.

„Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass Ministerin Geywitz in den vergangenen 100 Tagen jedenfalls so viele Gespräche mit der Wohnungswirtschaft geführt hat wie Horst Seehofer in vier Jahren nicht.“

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir das Grundgesetz geändert und den sozialen Wohnungsbau wieder in die Mitverantwortung des Bundes geholt. Jetzt werden wir der Verantwortung gerecht und erhöhen die Mittel um fast das Dreifache, von 5 Milliarden Euro auf 14,5 Milliarden Euro. Mir war es zudem wichtig zu betonen, dass es trotz großer Zuwanderung und steigenden Lebenshaltungskosten keine soziale Spaltung in diesem Land geben darf. Der Heizkostenzuschuss war da nur der erste Schritt. Des Weiteren habe ich in meiner Rede die enorm hohe Investitionsquote von 3,61 Milliarden Euro im Bausektor, die zusätzlichen 250 Millionen Euro für die Innenstädte und die bevorstehende Genossenschaftsförderung begrüßt. Für den Haushaltsentwurf des neu geschaffenen Bauministeriums gilt auch weiterhin der Grundsatz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag, wie es hineinkommt. Ich freue mich auf die spannenden Haushaltsberatungen.

Das zweite Entlastungspaket

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürger:innen zu einer großen Belastung geworden. Mit unseren Koalitionspartnern haben wir uns auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der Mitte der Gesellschaft verständigt. Wir unterstützen die Bürger:innen unbürokratisch und schnell bei der Bewältigung der gestiegenen Kosten insbesondere in den Bereichen Mobilität, Wärme und Ernährung.

Diese Entlastungen kommen zusätzlich zu den bereits beschlossenen, von denen ich bereits im letzten Update berichtet habe. Neben den Entlastungsmaßnahmen werden wir die Unabhängigkeit von russischen Energieimporten beschleunigen, indem wir mit verschiedenen Maßnahmen den Energieverbrauch senken, die Energieeffizienz steigern und unsere Energiequellen diversifizieren. Letztlich gewährleistet aber nur der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien unsere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

+++
Weiteres Maßnahmenpaket beschlossen!
So entlasten wir Verbraucher:innen
+++

-  **300 Euro Energiepreispauschale für Erwerbstätige**
-  **90 Tage ÖPNV für 9 Euro pro Monat**
-  **200 Euro für Empfänger:innen von Transferleistungen**
-  **Familienzuschuss: 100 Euro pro Kind**
-  **Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate runter**

SPD
Fraktion im Bundestag

Mindestfüllstände für Gasspeicher und Reaktivierung des Paragraphen 246 Abs. 14 des BauGB

Deutschland verfügt über das größte Erdgasspeichervolumen in der Europäischen Union. Dennoch verzeichnen die deutschen Gasspeicher aktuell einen historischen Tiefstand – auch das hat den Gaspreis für Verbraucher:innen und Unternehmen in den vergangenen Monaten nach oben gedrückt. In dieser Woche haben wir ein Gesetz verabschiedet, das die Betreiber von Gasspeichern an festgelegten Stichtagen im Jahr zu bestimmten Mindestfüllständen verpflichtet. Gleichzeitig mit dem Gesetz zu den Mindestfüllständen für Gasspeicher, haben wir aus gesetzestechnischen Gründen die Reaktivierung des Paragraphen 246 Absatz 14 des Baugesetzbuches beschlossen. Damit wollen wir den Bau von Unterbringungen für Flüchtlinge beschleunigen. Dank gebührt auch den Kommunen und den vielen engagierten Ehrenamtlichen, welche sich um die geflüchteten Ukrainer:innen kümmern. Der Krieg verursacht so viel Leid und Angst, dass die Hilfe unserer Kommunen über die normale Daseinsvorsorge hinaus immer gefragt sein wird. Um wenigstens die Frage von unbürokratischen, teilweise modularen Bauwerken zu lösen, haben wir hier zügig gehandelt. Meine Rede findet Ihr [hier](#).

Erste Debatte zu dem Bundeshaushalt 2022 (1/2)



In dieser Woche haben wir den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 sowie die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanzplan bis 2026 beraten. Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die gestiegenen Energiekosten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für Deutschland können wir zwar noch nicht im Einzelnen absehen. Der Unsicherheit tragen wir aber Rechnung und bringen einen Ergänzungshaushalt in die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 ein. Damit wollen wir die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen.

Zukunftsinvestitionen

Wir machen die 2020er Jahre zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. Mit dem Bundeshaushalt 2022 nehmen wir viel Geld in die Hand.

In 2022 investieren wir fast 51 Milliarden Euro – zehn Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019. Diesen Betrag wollen wir bis 2026 verstetigen. Wir stärken vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien und fördern innovative Technologien wie Wasserstoff. Dazu stellen wir im Klima- und Transformationsfonds (KTF) zwischen 2022 und 2026 mehr als 200 Milliarden Euro zur Verfügung. Klimaschutz gelingt nur durch nachhaltige Mobilität. Deshalb steigen auch unsere Verkehrsinvestitionen – auf rund 20,5 Milliarden Euro bis 2026. Mit dem Geld stärken wir vor allem den Schienenverkehr und sanieren unsere Verkehrswege.



Pandemiebekämpfung

Für die Abfederung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stellt der Bund erhebliche Mittel bereit. Um beispielsweise Bürgertests, Arzneimittel und Schutzmasken zu finanzieren, stehen für den Gesundheitsfonds 21,7 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – neben dem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 14,5 Milliarden Euro. Zudem stabilisieren wir die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und entlasten so die Versicherten.

Erste Debatte zu dem Bundeshaushalt 2022 (2/2)

Pfleger:innen leisten in der Pandemie Außergewöhnliches. Ihre Arbeit verdient Respekt, der sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen muss. Sie erhalten daher einen Pflegebonus, mit dem ihr außerordentlicher Einsatz in der Pandemie gewürdigt werden soll. Dafür stellt der Bund eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Soziale Sicherheit

Wir sorgen für sozialen Zusammenhalt und stabilisieren den Arbeitsmarkt. Der Entwurf des Haushalts sieht für den Etat des Bundesministeriums für Arbeit fast 160 Milliarden Euro vor. Das ist mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets. Das Kurzarbeitergeld wird bis zum Sommer verlängert – es hat Millionen von Arbeitsplätzen in der Pandemie gesichert. Mit einer Corona-Einmalzahlung, der Verlängerung des vereinfachten Zugangs in die Grundsicherung sowie mit dem Sanktionsmoratorium gehen wir erste Schritte in Richtung Bürgergeld. Wir verlängern das Kinderkrankengeld und unterstützen so berufstätige Eltern und besonders Alleinerziehende in der Pandemie. Und wir ebnen den Weg zur Kindergrundsicherung mit dem Kindersofortzuschlag. Damit erreichen wir rund drei Millionen armutsgefährdete Kinder und Jugendliche. Zudem stärken wir das BAföG, damit künftig wieder mehr Menschen durch Bildung aufsteigen können. Die Mittel hierfür steigen auf 2,3 Milliarden Euro.

Internationale Verantwortung

Die SPD steht für einen breiten Ansatz in der Sicherheitspolitik, der auch Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umfasst. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Wir stocken den Etat des Auswärtigen Amtes auf: Zwei Milliarden Euro sind für humanitäre Hilfe vorgesehen sowie 485 Millionen Euro für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und Klima- und Sicherheitspolitik. Mit Blick auf die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bereits erste Maßnahmen berücksichtigt – wie beispielsweise 1,5 Milliarden Euro für Gasreserven sowie eine Milliarde Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe, der Krisenbewältigung und Ernährungssicherheit.

Innere Sicherheit

17,5 Millionen Euro zusätzlich stecken wir in die Stärkung der Ansätze zur Extremismus-Prävention, zur Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland und für die Belange von Minderheiten. Wir stellen weitere Mittel zur Ausfinanzierung des Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bereit. Das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ wird um weitere 15 Millionen Euro auf insgesamt 165,5 Millionen Euro aufgestockt. Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden, wobei allein die Bundespolizei 1.000 neue Stellen bekommt.